

Migration, Wahlkämpfe und Medien

Karl-Heinz Meier-Braun¹

Auf einen Blick

Den Medien kommt eine wichtige Rolle zu, was die viel beschworene Integration angeht. Sie können Vorurteile verstärken oder abbauen helfen. Es mangelt noch an grundsätzlichen Informationen und Hintergrundberichten. So wird bei Umfragen die Zahl der Ausländer in Deutschland weit überschätzt, oft sogar noch eine doppelt so hohe Anzahl angegeben, wie sie der Wirklichkeit entspricht, und das selbst von Personen, die keine Vorbehalte gegenüber Ausländern hegen. Gerade diese Überschätzung könnte aus der dramatisierten Darstellung des Ausländerthemas in Politik und Medien – vor allem in Wahlkämpfen – resultieren.

Einfluss der Medien

Wenn von der weltweiten Migration in den Medien die Rede ist, steht oft das Bedrohliche im Vordergrund. „Ansturm auf die Wohlstandsfeste“, „Ansturm der Armen“, „Sturm auf Europa“ – so lauteten beispielsweise Schlagzeilen von Nachrichtenmagazinen. Bei der Begriffswahl und Sprache in den Migrationsberichten haben sich Ausdrücke aus der Welt des Militärischen oder gar des Verbrechens eingeschlichen. Insgesamt besteht die Gefahr, dass die Medien das alte Feindbild „Bedrohung durch den Kommunismus“ durch ein neues, nämlich „Bedrohung durch die neue Völkerwanderung“ bzw. durch den Islam ersetzen. Viel wichtiger wäre es jedoch, wenn die Medien über die Fluchtursachen aufklären und immer wieder deutlich machen würden, dass sich das Weltflüchtlingsproblem auf der südlichen Halbkugel und nicht bei uns abspielt. Die dramatischen Bilder von „Armutsbotsflüchtlings“ im Mittelmeer weisen aber sehr eindrucksvoll auf die Ausläufer des Dramas hin und können über die Medien das Bewusstsein für das Problem schärfen und Fluchtursachen deutlich machen. Manchmal wird allerdings der Eindruck erweckt, Migranten und Flüchtlinge seien das Problem, und nicht Kriege, Konflikte und der Nord-Süd-Gegensatz. Es wäre fatal, wenn Migranten und Flüchtlinge zu Sündenböcken für weltweite und innerstaatliche Probleme wie Massenarbeitslosigkeit gemacht würden.

Was die Lage in Deutschland angeht, so waren es lange Zeit gerade auch Journalistinnen und Journalisten, die als „einsame Mahner in der Wüste“ staatliche Integrationsmaßnahmen angemahnt und sich für die Anerkennung der Realitäten im Einwanderungsland Deutschland ausgesprochen haben. Die Erkenntnis, dass Deutschland Einwanderungsland ist und dass die Politik dies offiziell akzeptiert hat, ist auch auf die Berichterstattung in den Medien zurückzuführen. Im Rahmen des Nationalen Integrationsplans haben sich die Medien zu verstärkten Integrationsmaßnahmen verpflichtet.

Journalistinnen und Journalisten aus den Einwandererfamilien sind zwar schon längst keine Exoten mehr in der deutschen Medienlandschaft, man findet aber immer noch viel zu wenige von ihnen in Presse, Funk und Fernsehen. Dabei können sie das redaktionelle Arbeiten bereichern, einen anderen Blickwinkel und Sachverstand einbringen, die Berichterstattung erleichtern und ein neues Publikum an die Medien binden. Dabei müssen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, aber auch die Printmedien, ihre Bemühungen verstärken und insgesamt das „Ausländerthema“ fest in der Aus- und Fortbildung verankern. Die Tatsache, dass sich die Bundesrepublik jahrzehntelang weigerte, den Tatsachen eines Einwanderungslandes ins Auge zu sehen, hat sich natürlich auch in den Medien niedergeschlagen.²

Einfluss der Eliten

Die Massenmedien haben einen nicht zu unterschätzenden Einfluss. Aber auch die Eliten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die durch ihre Äußerungen das „Ausländerbild“, die öffentliche Debatte, den Diskurs über Minderheiten in Deutschland entscheidend mitprägen. Parolen wie „Ausländer leben auf unsere Kosten“ entstehen nicht unbedingt an den Stammtischen, sondern werden mit Aussagen wie „Einwanderung in die Sozialsysteme“ in die Welt gesetzt und dann von den Stammtischen aufgegriffen.

Oftmals geben die Medien nur weiter, was ihnen Politiker und Ministerien, auf deren Informationen sie angewiesen sind, in der Ausländerpolitik vorgegeben haben. Wie sehr die Politik auf die Medien achtet, was die Darstellung ihrer Rolle in der Ausländerpolitik angeht, zeigt das Beispiel der Abstimmung über das Zuwanderungsgesetz am 22. März 2002 im Bundesrat: Die Empörung vom Vorabend über die bevorstehende, umstrittene Zählweise des Bundesratspräsidenten

wurde – so Peter Müller (CDU), Ministerpräsident des Saarlandes – nochmals am nächsten Tage sozusagen für die Medien in der Bundesratssitzung „nachgespielt“.

Das Ringen um das Zuwanderungsgesetz ist ein Paradebeispiel für die parteipolitische Politisierung der Ausländerpolitik. Im Hinblick auf die anstehenden Bundestagswahlen ging es in erster Linie um eine Machtprobe zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem Herausforderer und bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, denn schließlich handelte es sich um ein Kernstück rot-grüner Politik. Dabei hatten die Parteien mit ihren Konzepten gar nicht so weit auseinander gelegen. Der Gesetzentwurf war bereits ein „rot-grün-schwarzer“ Kompromiss. Man hätte sich durchaus einigen können, wenn man gewollt hätte.

In seiner letzten „Berliner Rede“ ging Bundespräsident Johannes Rau im Mai 2004 auch wegen des Ringens um das Zuwanderungsgesetz mit allen beteiligten Akteuren hart ins Gericht: „Vertrauen in die Politik wird auch zerstört, wenn der Eindruck entsteht, in nahezu jeder Frage gehe es in erster Linie darum, wer sich gegen wen durchsetzt, wer wem am meisten schadet, wer zurückgesetzt wird oder sich wieder ein Stück weiter nach vorne gekämpft hat. Dadurch werden nicht nur wichtige Sachfragen als Nebensache behandelt, so dass am Ende oft das Falsche oder Dilettantische herauskommt. Dadurch entsteht auch der fatale Eindruck, in der Politik komme es letztlich nur darauf an, wer die Macht hat und nicht so sehr darauf, was er mit ihr macht.“

Wandel des „Ausländerbildes“

In den letzten Jahren hat sich ein gewisser Wandel in Politik und Medien hin zu einem positiveren „Ausländerbild“ vollzogen: weg vom „Gastarbeiter bei der Müllabfuhr“, hin zum „gesuchten Computerspezialisten“. Die Erkenntnis, dass wir aufgrund des Bevölkerungsrückgangs verstärkt auf Einwanderung angewiesen sind, hat sich in Politik und Medien niedergeschlagen. Das Bild „Das Boot ist voll“ entwickelt sich zum „Das Boot wird immer leerer“. Das Fundament, auf dem diese neue Sicht von Migration steht, ist allerdings noch sehr schwach und hat bereits Risse bekommen. Außerdem besteht die Gefahr, dass auch in Medien, nicht nur in der Politik, zwischen Ausländern, die – wie es heißt – „uns nutzen und solchen, die uns ausnutzen“, unterschieden wird und damit vor allem Flüchtlinge und

Asylbewerber weiter ausgegrenzt werden. Eine „Nützlichkeitsdebatte“ hat auf jeden Fall längst eingesetzt. Die Frage bleibt, warum der Diskurs – selbst in Wahlkämpfen – nicht auch von positiven Bildern bestimmt werden kann, ohne dass die Probleme und Schwierigkeiten ausgeklammert werden. Warum kann nicht zum Beispiel verstärkt auf die Bedeutung und Leistungen der ausländischen Wohnbevölkerung für Wirtschaft und Gesellschaft hingewiesen werden? Migration als Bereicherung – das ist aber kaum ein Thema in Politik und Medien.

Dabei haben bereits die „Gastarbeiter“ nach dem Zweiten Weltkrieg zum Wohlstand Deutschlands im Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit beigetragen und die Sozialsysteme mit aufgebaut. Bundesweit haben selbstständige Unternehmer ausländischer Herkunft in Deutschland eine Million Arbeitsplätze geschaffen. Auf schlechtere Beschäftigungssituationen haben Ausländer stärker als Deutsche mit Selbstständigkeit reagiert. Viele Deutsche stiegen aufgrund der Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in bessere berufliche Positionen auf. Man sprach dabei gerne vom „Fahrstuhleffekt“, um den Aufstieg unterer Einkommenschichten in ein griffiges Wort zu fassen. Als man die „Gastarbeiter“ ins Land holte, fuhren viele Deutsche mit dem imaginären Aufzug nach oben. So schafften zwischen 1960 und 1970 rund 2,3 Millionen Deutsche den Aufstieg von Arbeiter- in Angestelltenpositionen, vor allem wegen der Ausländerbeschäftigung. Von alledem hört und liest man in Deutschland aber noch viel zu wenig.

Ausländerpolitik in Wahlkämpfen

Ausländerpolitik hat in Wahlkämpfen schon immer eine wichtige Rolle gespielt und Stimmen gesichert. Bei der Landtagswahl in Hessen im Januar 2008 gelang es Ministerpräsident Roland Koch (CDU) nicht, die „Ausländerkarte“ erfolgreich auszuspielen. Die Zuspitzung beim Thema „Jugendgewalt und Migranten“ war für die Wähler wohl zu offensichtlich und darüber hinaus überzogen. Im Jahr 1999 aber konnte Roland Koch die Wählerschaft durch eine Unterschriftenkampagne gegen die von der damaligen rot-grünen Bundesregierung geplante doppelte Staatsbürgerschaft mobil machen. In Wahlkämpfen waren Ausländer immer wieder „Spielball der Politik“. Die Regierung unter Bundeskanzler Kohl zahlte beispielsweise Rückkehrprämien für Türken, deren Zahl verringert werden sollte. Bundesinnenminister Schily (SPD) sagte 1999, die

„Grenze der Belastbarkeit“ durch die Zuwanderung sei überschritten. Oskar Lafontaine (damals SPD) sprach hingegen davon, dass es „zu viele Aussiedler“ gebe. Ob bewusst oder unbewusst wurden durch diesen Populismus in Wahlkämpfen Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit geschürt und „Ausländerwahlkampf“ zum Machterwerb und Machterhalt eingesetzt. Offenbar geht diese Rechnung aber nicht mehr so leicht auf, wenn man den Bogen überspannt.

Schon immer war Ausländerpolitik eine Art von Symbolpolitik, bei der einer beunruhigten Wählerschaft konsequentes Handeln vorgeführt werden sollte; sie war ein Mittel, um sich politisch zu profilieren. Die Interessen und Bedürfnisse der Minderheiten, der früheren „Gastarbeiter“, Flüchtlinge, Asylsuchenden oder Spätaussiedler und ihre Integration in die Gesellschaft standen weniger im Mittelpunkt als die „politische Ausschlichtung“ des Themas. Ausländerpolitik ist so bisweilen auch ein Beispiel dafür, wie jahrzehntelang in einem Bereich Politik gemacht werden kann, ohne auf eine Bevölkerungsgruppe, die der Ausländer, Rücksicht nehmen zu müssen. Im Gegenteil, lange Zeit konnte Politik geradezu auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen werden, ohne dass sie sich dagegen wehren konnten, vor allem weil sie kein Wahlrecht hatten. Das hat sich in letzter Zeit geändert, denn jetzt geht es um über eine Million Stimmen Deutscher ausländischer Herkunft. Die Parteien haben diese Wählergruppe entdeckt.

Die Große Koalition von CDU/CSU und SPD hat das Thema Integration zu einer Schwerpunktaufgabe erklärt. Die Migrationspolitik auf Bundesebene wurde seither größtenteils aus dem parteipolitischen Streit herausgehalten, vor allem wenn man an die Jahre vor 2005 denkt. In diesem Sinne war die Große Koalition vielleicht sogar ein Glücksfall für die Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Abzuwarten bleibt, ob diese neuen Ansätze in der Integrationspolitik mittel- und langfristig umgesetzt werden oder ob es wieder bei einem „Strohfeuer“ wie vor 25 Jahren in der Ausländerpolitik bleibt. Bereits 1979/80 schossen Integrationskonzepte wie Pilze aus dem Boden. Aber bereits kurze Zeit später stand wieder das Motto „Begrenzungs politik“ auf der ausländerpolitischen Tagesordnung. Es wäre gut, wenn die Zuwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland endlich klar, berechenbar und vorausschauend würde und bliebe. Sicher ist aber auch, dass die politischen Parteien weiterhin auf Wählerstimmen bei diesem Thema Rück-

sicht nehmen werden. Die Versuchung bleibt, mit diesem Thema Stimmen und Stimmungen zu mobilisieren. So könnte in Deutschland immer wieder das Ausländerthema in Wahlkämpfen politisiert werden.

Selbst mit dem neuen Zuwanderungsgesetz bleiben Integrationsprobleme, aber auch Ausländerfeindlichkeit und Gewalt gegen Ausländer in Deutschland bestehen. Fremdenfeindlichkeit darf auf Dauer kein Element der politischen Kultur Deutschlands werden. „Ausländerpolitik“ darf nicht ausgrenzen. Integrations- und Zuwanderungspolitik sollte vielmehr ein selbstverständlicher Bestandteil der Sozial-, Schul- und Bevölkerungspolitik sein und als ganz normales Politikfeld behandelt werden. Auch die Medien sollten besser aufklären und gelungene Beispiele von Integration und interkultureller Begegnung in die Öffentlichkeit bringen.

Wahljahr 2009

Entscheidend wird es jetzt darauf ankommen, wie die Parteien und die Medien im Superwahljahr 2009 mit dem Thema umgehen.

- Werden wieder eher Vorurteile geschürt als abgebaut? Wird das Thema in Politik und Medien wieder todgetrampelt?
- Bleibt der parteipolitische Konsens in Sachen Integrationspolitik, der jetzt offensichtlich erreicht wurde, bestehen oder wird das Thema wieder benutzt, um die Basis des politischen Gegners zu unterminieren?
- Wird der Wählerschaft vermittelt, dass Ein- und Auswanderung der Normalfall in Deutschland war und ist, dass Migration immer auch Probleme mit sich bringt, aber auch eine Bereicherung darstellt?
- Werden Ausländer wieder zu Sündenböcken für wirtschaftliche Probleme und Arbeitslosigkeit gemacht oder bleibt die „neue Sachlichkeit“ beim Migrationsthema erhalten?
- Ist die Zeit jetzt reif für eine neue Migrationspolitik und ein Punktesystem für Einwanderer wie zum Beispiel in Kanada?
- Sagen uns die Politiker, dass Einwanderer uns nicht die Arbeitsplätze wegnehmen, sondern sogar neue schaffen können? Dass Integration mehr spart, als sie kostet? Dass ein hoher Ausländeranteil der Wirtschaft nutzt?
- Wird von den Eliten vermittelt, dass Integration eben seine Zeit braucht oder dass jetzt schon die Integration in Deutschland besser ist als ihr Ruf?
- Dass z.B. Parallelgesellschaften die Ausnahme und nicht die Regel sind?
- Wird der mit Steinen und Stolperfallen übersäte integrationspolitische Pfad nach der nächsten Bundestagswahl weiter beschritten oder wird das Thema jetzt mit dem Nationalen Integrationsplan gleichsam abgehakt und als erledigt zu den Akten gelegt? Lässt man die Islamkonferenz sozusagen „auslaufen“?
- Was geschieht, wenn sich nicht bald Integrationserfolge einstellen?
- In Baden-Württemberg hat sich die Landesregierung beispielsweise gerade das Ziel gesetzt, innerhalb der kommenden fünf Jahre die Abbrecher- und Wiederholerquoten an Schulen deutlich zu senken und die Angleichung der Quoten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Gesamtdurchschnitt aller Schülerinnen und Schüler zu erreichen, was selbst mit dem zukunftsweisenden Integrationsplan des Landes schwer zu erreichen sein dürfte. Wird man dann sozusagen die Schuld auf Landes- und Bundesebene bei den Migranten suchen?
- Was wird die deutsche Öffentlichkeit sagen, wenn vermeintlich große Summen für die Integration ausgegeben werden und deutsche Jugendliche weiterhin keine Lehrstellen finden?
- Und wenn dann Migranten auf ihre ungelösten Probleme hinweisen, werden sie dann als „undankbar“ hingestellt, für die doch scheinbar mehr getan wird als für Deutsche?

Das Superwahljahr 2008/2009 ist auf jeden Fall der Härtestest – die Bewährungsprobe – für das Integrations- und Einwanderungsland Deutschland.

1 Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun ist Leiter der Fachredaktion „SWR International“ beim Südwestrundfunk in Stuttgart und Integrationsbeauftragter des Senders. Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen. Experte zum Thema Migration, Buchautor, Wissenschaftler, Mitglied im Rat für Migration (RfM), Landesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN).
Tel.: +49 711 929 3351 | E-Mail: karl-heinz.meier-braun@swr.de | www.swr.de/international

2 Vgl. Karl-Heinz Meier-Braun: Einwanderungsland Deutschland, 2. Auflage, Frankfurt 2003.
Siegfried Frech, Karl-Heinz Meier-Braun (Hrsg.): Die offene Gesellschaft – Zuwanderung und Integration, Schwalbach/Ts. 2007.